

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

57. Sitzung des Reichstages. (20. Juni.)

12 Uhr. Am Tische des Bundesrathes Fürst Bismarck, Delbrück, von Rameke u. A.
Präsident Dr. Simson hat mehrere Urlaubsgesuche, deren Bewilligung ihm zufließt, ablehnend beschieden.

Bei der dritten Beratung der Art 1 und 2 des Gesetzentwurfs, betreffend den Antheil des norddeutschen Bundes an der Kriegskosten-Erschließung fragt Abg. Knapp, warum die Kasernen in Weiburg in Nassau leer steht, während so viel neue Kasernen gebaut werden sollen?
Kriegsminister v. Rameke: Vorhandene Kasernen werden immer nur dann aufgegeben, wenn sie nicht brauchbar sind. Abg. v. Söberle will sich einwirken mit dieser Auskunft begnügen, erinnert aber an die Erklärung des Commissars in der Commission, daß Dislocationen niemals die Folgen haben sollen, daß alte Kasernen unbelegt bleiben. General von Voigts-Rhege bestätigt diesen von ihm aufgestellten Grundsatz, wodurch jedoch nicht ausgeschlossen werde, daß unter Umständen eine einzelne Kaserne aus baulichen Gründen leer stehen bleibt, worüber lediglich die Verwaltung entscheiden könne. — Die Art. 1 und 2 werden wie gestern genehmigt.

Die erste Beratung des Handels- und Schiffsverkehrs-Vertrages mit Persien leitet Fürst Bismarck ein: Ich enthalte mich der Aeußerungen über die Details dieses Vertrages; ich will nur bemerken, daß er nicht nur Bestimmungen über die Handelsbeziehungen, sondern auch einige Andeutungen über die politischen Beziehungen Persiens zum Auslande sowohl in Gegenwart als in Zukunft enthält. Dieser Umstand zeigt, daß in der neuesten Zeit die gegenseitigen Beziehungen der Nationalitäten auch die entferntesten Länder der Welt mehr und mehr umfassen und sich auch zwischen diesen zu beleben beginnen, so daß es uns vielleicht wichtig wird über die dortigen Vorgänge genauer und directer unterrichtet zu sein, als es bisher der Fall gewesen ist. Ich möchte daher das hohe Haus bitten bei Besprechung des Vertrages vielleicht auch zugleich die Frage, die das Haus schon mehrmals vorübergehend beschäftigt hat, ins Auge zu fassen, ob es sich empfiehlt eine diplomatische Vertretung zwischen Persien und Deutschland einzutreten zu lassen. Es ist das keine so elige Sache, daß wir nun sogleich mit einem Nachtragssatz schon in diesem Jahre dem Hause entgegenkommen müßten; es würde nur von hoher Wichtigkeit sein, eine Aeußerung über die Wünsche des Reichstages zu vernehmen. Bei der Anwesenheit Sr. Majestät des Kaisers wurde die Herstellung einer solchen Verbindung von seiner Seite sehr gewünscht, und es sollte baldmöglichst, ohne eine bestimmte Frist zu bestimmen, eine persische Gesandtschaft hier eintreffen und beim kaiserlichen Hofe akkreditirt werden. Zudem ist mir die etwa nöthigen Erläuterungen vorzulegen, welche ich nur erklären, daß ich dankbar anerkennen würde, wenn diejenigen Mitglieder, die sich über den Vertrag äußern, vielleicht auch gleichzeitig den Punkt der Herstellung einer gegenseitigen politischen Vertretung in beiden Ländern ins Auge fassen würden.

Abg. v. Munten: Von verschiedenen Seiten sind mir Mittheilungen über den Mangel des Schutzes für freie Religionsübung in Persien zugegangen. Zur Zeit der großen Hungersnoth in Persien hatten sich in Deutschland mehrere Comités gebildet, die namentlich die Waisen unterstützen wollten. Diese Veranlassungen werden bedroht, wenn ihnen nicht eine diplomatische Vertretung Schutz gewährt. Die Schwierigkeiten, welche die Muhamedanische Bevölkerung in Persien der freien Religionsübung von Christen entgegenstellt, steht im unangenehmen Widerspruch mit dem, was im türkischen Reich den Christen gewährt wird, was wir in Deutschland den Muhamedanern gewähren würden, wenn wir sie zu unsern Mitbürgern zählten. — Obwohl die persische Kunstindustrie sich durch Geschmack und Reichthum auszeichnet, finden wir ihre Produkte nur als Raritäten auf dem deutschen Markt, während die Erzeugnisse des viel später für uns erschlossenen Japans sich über alle Theile Deutschlands verbreitet haben. Ich hoffe, der Reichstag wird dem Vertrage um so eher zustimmen, als der Selbstherrscher aller Staaten von Persien, „dessen Vornehmste die Sonne ist“, dem Parlament eine so zarte Aufmerksamkeit erweisen und dem Leiter der Verhandlungen dieses Hauses aus eigener Initiative die Embleme „des glanzvollen und erwarthenden Himmelstörpers“ verliehen hat. (Heiterkeit.)

Abg. Schleiden: Wenn es sich um einen neuen Vertrag handelt, würde ich die Frage aufwerfen, ob es überhaupt angezeigt sei, mit einem Lande, welches auf einem viel tieferen Culturstande steht, einen solchen Vertrag abzuschließen. Es handelt sich aber nur um die Revision eines bereits bestehenden Vertrags zwischen Persien und dem früheren Zollverein und ich erkenne gern an, daß der vorliegende sehr große Verbesserungen enthält. Die persischen Verträge mit den meistbegünstigten Staaten, d. h. mit England und Rußland, muß man kennen, um den Werth der Deutschland eingeräumten Rechte beurtheilen zu können. Ich bitte daher, jene Verträge uns zur Einsicht vorzulegen; ich vermute, daß sich damit auch die Frage wegen freier Religionsübung erledigen wird. Art. 13 sagt: „Sollte Persien in einen Streit mit einer andern Macht verwickelt werden, so erklärt sich die deutsche Regierung bereit auf den Wunsch der Regierung Sr. kaiserlichen Majestät des Kaisers ihre guten Dienste zu leisten, um zur Beilegung des Streites mit beizutragen.“ Eine solche Bestimmung ist selten in einem Vertrage und schon deshalb würde es notwendig sein, einen diplomatischen Vertreter in Teheran zu haben. Als im September 1872 England und die Vereinigten Staaten eine Convention schlossen, wonach die guten Dienste irgend eines befreundeten Staates angerufen werden sollten und England Sr. Majestät des Königs von Preußen vorschlug, lebten die Vereinigten Staaten dies ab, weil sie damals in Berlin keinen diplomatischen Vertreter hatten. Wenn auch ein großes Handelsbedürfnis nicht vorhanden ist, so ist der Vertrag eine wesentliche Verbesserung des früheren und es wäre nur zu wünschen, daß die drei befreundeten Consulate in Teheran, Tauris und Bender-Bouchi möglichst bald bezeugt würden.

Präsident Delbrück: Die directen Handelsbeziehungen Deutschlands zu Persien sind bis jetzt wenig entwickelt; der Verbrauch deutscher Waaren in Persien ist allerdings relativ gering, er wird indessen überwiegend durch türkische Häuser in Konstantinopel vermittelt, die mit den persischen Häusern in Verbindung stehen. Indessen wird die Bedürfnisfrage überhaupt nicht so stark zu betonen sein. Wenn solche Verträge mit fern liegenden Nationen auch nicht zu erheblichen und vorteilhaften Resultaten führen, ganz werthlos sind sie immerhin nicht, indem sie eine gesicherte Grundlage für größere Handelsoperationen bilden. Verträge dieser Art sind vielfach nur der Boden für einen Handel dessen Zukunftsentwicklung von mancherlei Verhältnissen abhängig ist. Die Rechte, welche Deutschland durch den vorliegenden Vertrag zugesichert werden, lassen sich kurz als die der meist begünstigten Nationen bezeichnen. Sie sind hauptsächlich abhängig von der Behandlung des Zolltarifs, der im Ganzen ziemlich einfach ist; eine schutz-zöllnerische Richtung wird dabei nicht verfolgt, man sucht nur eine Finanzquelle und erhebt Zölle nicht von den richtigen Objecten und der richtigen Höhe; die Höhe ist auch nicht immer abhängig von der Waare, sondern häufig von der Nationalität des Importeurs. Durch diesen Vertrag erhalten nun die deutschen Importeure ein bedeutendes Recht. Ich werde mich darüber unterrichten, an welchen Orten Consulate zu errichten seien.

Abg. Schmidt (Stettin) wundert sich, daß der Hauptvertrag am 11. Juni, der Additionalvertrag schon am 6. Juni abgeschlossen ist und bemerkt einen Druckfehler. Er spricht sich ferner für die Errichtung einer diplomatischen Vertretung und möglichst baldige Bezeugung der drei Consulate aus. Ein Aufschwung des Handelsverkehrs mit Persien lasse sich erst dann erwarten, wenn die Communication im Innern sich verbessert habe.
Präsident Delbrück: Es ist durchaus kein Druckfehler, wenn der Hauptvertrag ein späteres Datum trägt, als der Additionalvertrag. Der Additionalvertrag ist nur in Folge eines Mißverständnisses der Instruction nöthig gewesen und konnte wegen der Anwesenheit des Kaisers in Berlin auf's Schnellste vollzogen werden, während der Hauptvertrag nach der Verständigung noch der etwas weitaufgeklärten Form der Ausfertigung bedurfte. Was die Bezeugung der Consulate anlangt, so wird sich dieselbe erst allmählig ermöglichen lassen, wenn wir eine Vertretung in Teheran haben, die uns darüber unterrichtet, an welchen Orten Consulate zu errichten seien.

Die Specialdiscussion wendet sich zunächst der Einleitung des Vertrages zu; sie lautet:

„Au nom de Dieu clément et miséricordieux!“

Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, d'une part, et Sa Majesté, dont de Soleil est l'étendard, le Sacré, l'Auguste et Grande Monarchie, le Souverain absolu et l'Empereur des Empereurs de tous les Etats de Perse, d'autre part“ etc.

Abg. Gwald: Ich kann die Einleitung des Vertrages nur als Unsinns bezeichnen. Man spricht zwar sehr oft von einem orientalischen Schwallbe; man denkt sich den Orient als die Heimat übertriebener Redensarten. Heute zu Tage ist es nicht mehr so. Es giebt allerdings manche schwülstige Schriftsteller, allein auch der schwülstigste Redner würde in einer Staatschrift sich nicht so ausdrücken, wie es hier französisch gesagt ist; das hier gesagt ist ein reiner Unsin. So viel ich begreife, ist die Schuld auf den zu schreiben, der die französischen Worte hier in dem Eingange so setzte, weil ihm der vollkommen richtige Ausdruck fehlte. Weiterhin kommt der persische Titel „Schahinschah“ vor, der aber nicht „Kaiser der Kaiser“ bedeutet. Man scheint sich auch geschmeit zu haben, diesen Unsin ganz einfach in's Deutsche zu übertragen, denn das Deutsche sagt nicht ganz in Uebereinstimmung mit dem französischen Text, nur Kaiser. Man hätte es überhaupt mit „roi des rois“, König der Könige, übersetzen müssen. Was die Ueberschrift betrifft, so meine ich, es ist in neuerer Zeit vielleicht gar nicht mehr überall Sitte, solche Verträge im Namen Gottes zu schließen und den Namen Gottes darüber zu setzen. In den deutschen Friedensverträgen vom Jahre 1866 ist eine solche Formel nicht vorhanden und das mit gutem Grunde; denn diese Verträge waren ja weder mit Gott noch mit Gottes Willen geschlossen. Diese Formel erinnert an die ewige Wahrheit, daß alle alten Staaten Einer sind, vor dem sie alle gleich sind, ohne den sie nichts sind und durch den sie allein Frieden haben.

Ob der französische Vertrag von 1871 diese Ueberschrift noch hat, weiß ich nicht. Die Ueberschrift über dem Vertrage mit Persien klingt vollkommen wie die Ueberschrift einer Sure im Koran. Wenn ein christliches Reich einen Vertrag schließen will mit einem muhamedanischen Volke, wie soll da die Ueberschrift lauten? Die alten französischen Könige haben es zum ersten Male gemacht, mit einer muhamedanischen Herrschaft einen Vertrag zu schließen, und haben die Formel weggelassen. Das alte deutsche Reich schloß seine Verträge nie anders als unter Anrufung Gottes; sie hat ihren guten Sinn. Ich bin erfreut darüber, daß heute, wo so manches christliche Reich nicht mehr an Gott denken will, hier wenigstens ein christliches Reich mit einem muhamedanischen zusammen an Gott denkt.

Abg. Schleiden: Der Redner hätte uns vielleicht seine Rede erspart, wenn er beachtet hätte, daß der deutsche Text keinen officiellen Charakter hat, sondern nur eine Uebersetzung des französischen Originals ist. Wenn er außerdem den Vertrag von 1857 angesehen hätte, so würde er dieselben Ausdrücke gefunden haben.

Abg. Gwald: Ich glaube nicht, daß diese Worte einer Widerlegung werth sind.

Nachdem Abg. Moske die Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Persien mit Rücksicht auf die rasche und jedem Maßstabe sich entziehende Entwicklung der Handelsbeziehungen Deutschlands seit dem letzten Kriege empfohlen hat, werden die einzelnen Artikel des Vertrages genehmigt.

Darauf beginnt die erste Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Abänderung des Vereinstolltarifs durch Aufhebung resp. Ermäßigung des Eingangszolles von Eisen, Stahl, Maschinen u. s. w., die mit dem 1. October d. J. in Kraft treten soll. Bekanntlich geht die Vorlage weit über den Antrag v. Behr's hinaus, der gleichzeitig mit zur Discussion steht, aber bald aus ihr ausgeschiedet. (Vergl. die Erklärung des Abg. Krüger.) Ein Antrag v. Barnhäuer's und Hammacher's will die Befreiung des Eingangszolles nur von Roheisen und allem Brucheseisen, im Uebrigen aber nur Ermäßigungen zulassen. Abg. Mohl beantragt die Befreiung der Tarifreform mit Rücksicht auf das nicht vertretene Eisen-Eisen, bis umfassende Enqueteen stattgefunden haben, abzulehnen. Der Wortlaut der Vorlage und der Amendements wird bei der zweiten Beratung mitgetheilt werden.

Präsident Delbrück: Meine Herren, Sie wissen, daß die verbündeten Regierungen keine Neigung haben, theoretische Tarif-Revisions-Anträge zu stellen, solche Anträge, die ausdrücklich aus einer handelspolitischen Richtung hervorgehend, diese Richtung als solche zur Geltung bringen wollen; sie waren dem Zollparlament gegenüber und sind ebenso auch heute sich dessen bewußt, daß der Zolltarif ein Gesetz ist, in welches man nicht ohne dringende Veranlassung die Hand legen darf. Wir haben nicht den Ehrgeiz, in jeder Legislaturperiode reformatorische Vorschläge vom abstracten Gesichtspunkte aus zu machen. Und so ist denn auch die gegenwärtige Vorlage nicht aufzufassen als der Ausdruck irgend einer zur Herrschaft gelangenden oder herrschenden handelspolitischen Theorie, sondern als das Ergebnis der Wahrnehmungen, die wir auf dem wirtschaftlichen Gebiet praktisch gemacht haben. Zu diesen Wahrnehmungen gehört, daß im Laufe der letzten Jahre neben dem Steigen der Preise für andere Gegenstände kaum etwas so sehr im Preise gestiegen ist, als die menschliche Arbeit. Diese Erscheinung ist überall, ganz vorzugsweise aber hervorgetreten bei dem für jedes Land und auch für Deutschland wichtigsten wirtschaftlichen Zweige, bei der Landwirthschaft. Man mag es beklagen oder nicht, aber es ist eine Thatsache, daß je länger, je mehr der Landwirthschaft die menschliche Arbeit entzogen wird, theils weil die landlichen Arbeiter auswandern, theils weil sie durch höhere Arbeitslöhne und durch manche andere Vortheile und Genüsse in die großen Städte gezogen werden. Und diese Thatsache ist nicht etwa bloß vorübergehender Natur, sondern sie macht sich von Jahr zu Jahr lebhafter fühlbar, und wenn nicht Alles täuscht, so hat sie eine progressiv andauernde Richtung.

Es ist die Pflicht der Regierung, sich zu fragen, was sie einer so bedrohlichen Erscheinung gegenüber für den wichtigsten wirtschaftlichen Zweig des Landes, für die Landwirthschaft, thun kann, um die ihr abgehende Arbeitskraft zu ersetzen. Die verbündeten Regierungen haben hier denjenigen Weg eingeschlagen, auf dessen Bedeutung sie durch die Kompetenz der Reichsversammlung allein angewiesen waren, und dieser Weg ist der: An Stelle der menschlichen Arbeitskraft die Maschinenkraft zu setzen. In einem großen Umfang ist das bereits in der Industrie geschehen. Die Gründe sind bekannt und ja vielfach erörtert, aus welchen der Uebergang der menschlichen Arbeit zur Maschinenarbeit bei der Landwirthschaft sehr langsam sich entwickelt hat, zum Theil kaum begonnen ist. Wir haben ja so vielfach, als wir auf der Unversität Nationalökonomie hörten, mit ziemlicher Bestimmtheit den Satz ausgesprochen hören, der in älteren Lehrbüchern der Nationalökonomie gedruckt steht, daß die Landwirthschaft dasjenige Gebiet sei, welches sich der Maschinenkraft durch die Maschinenkraft seiner Natur nach entzieht. Die Amerikaner, die ja vorzugsweise bei ihrem großen Terrain und ihrer relativ dünnen Bevölkerung in viel eminentem Grade als die älteren europäischen Länder darauf angewiesen waren, die Landwirthschaft zu cultiviren, sind die ersten gewesen, die diesen alten wirtschaftlichen Satz der Ökonomie praktisch widerlegt hat. Von da aus hat sich unter analogen Verhältnissen nach England die Anwendung der Maschinenkraft auf die Landwirthschaft übertragen, und wir sind in Deutschland, wenn auch in langsamem Tempo, gefolgt. Daß zu den Gründen für die Langsamkeit dieses Tempors in erster Linie die Erschwerung zu rechnen ist, welche der bestehende Zolltarif durch seine Eingangsabgaben der Einführung ausländischer Maschinen entgegenstellt, ist unzweifelhaft.

Diese Eingangszölle sind es vor Allem gewesen, welche die für die Landwirthschaft notwendigen Maschinen noch im weitern nicht in dem Maße zur Anwendung haben kommen lassen, als es im Interesse der Landwirthschaft und des Nationalwohlstandes dringend wünschenswerth ist. Die verbündeten Regierungen sind es dem wichtigsten Zweige des Volkswohlfandes schuldig, ihn von der Fessel zu befreien, welche der Zolltarif dieser Umwandlung entgegenbringt. Und diese Erwägung ist für uns bei der gegenwärtigen Vorlage der Ausgangspunkt gewesen. Bei unseren Vorlagen über

Ermäßigung des Eisenzolles in Preußen im Jahre 1865 und im Zollparlament im Jahre 1869 haben wir den umgekehrten Weg eingeschlagen; wir haben von unten angefangen und uns gefragt, in wie weit es mit den Interessen der Gesamtheit noch vereinbar wäre, einen Schutzzoll für Roheisen und Stabeisen in der bestehenden Höhe aufrecht zu erhalten. Konsequenz dieses Weges von unten war nachher die Ermäßigung des Maschinenzolles. Heute find wir genöthigt, den umgekehrten Weg einzuschlagen und darum ist die Vorlage in einem gewissen Sinne eine radicale geworden. Wir können nicht füglich Maschinen, und ich rechne dahin namentlich auch die Lokomotiven, zollfrei machen und daneben den Eingangszoll für das Material der Maschinen, für das Eisen fortbestehen lassen. Diese Ermäßigung hätte indeß nicht ausgereicht, uns zu dieser Vorlage zu bestimmen, wenn wir uns hätten fragen müssen, daß durch sie ein anderer wichtiger Wirtschaftszweig in Deutschland, die Eisenindustrie, auf eine für sie wirklich nachtheilige Weise geschädigt werde. Das ist aber unserer Ueberzeugung nach nicht der Fall. Ich lege hier auf Preisconjunctionen keinen Hauptwerth. Ich hätte es für einen Vorzug der heutigen Beratung, daß sie unter einer weniger günstigen Eisenconjunction gepflügt wird, als es vor zwei Monaten geschehen wäre.

Man muß die Gesamtheit der Verhältnisse ins Auge fassen. Gegenüber der großen Entwicklung, welche die Eisenindustrie bei den fallenden Zöllen genommen hat, gegenüber der unzweifelhaft den Jahr zu Jahr steigenden Nachfrage nach Eisen und gegenüber den Vortheilen, die für jede Industrie, ganz besonders aber für eine Industrie, welche schwere Massenprodukte zu erzeugen und zu versenden hat, in die fortschreitende Ausdehnung des Eisenbahnnetzes mit sich bringt, können wir in keiner Weise annehmen, daß so wie der Landwirthschaft der Uebergang zur Maschinenarbeit durch Aufhebung des Eisenzolles erleichtert wird, die Eisen-Industrie selbst schwer geschädigt werde. Das Haus hat in den letzten Tagen 35 Millionen Thaler für die Weiterführung der Glatz-Bohringer Eisenbahnen, der preussische Landtag eine Summe von 120 Millionen für die Vervollständigung der deutschen Eisenbahnen bewilligt, es ist ferner bekannt, daß in sämtlichen Bundesstaaten s. k. ohne Ausnahme eine große Ausdehnung und Vervollständigung des Eisenbahnnetzes in Aussicht steht. Durch jede Meile neuer Eisenbahn aber tritt ein sehr starker Consumtent für Eisen hinzu, nicht bloß in Beziehung auf die Anlage selbst, so erheblich sie ist, sondern auch in Beziehung auf die nothwendige Unterhaltung. Durch jede neue Eisenbahnanlage werden wichtige Produktionszweige in ihrem Abzuge gefördert, indem jede Eisenbahn in unendlichem Grade die Verlebung von Massengütern erleichtert, und von Massengütern kommt ja überall in erster Linie neben den Kohlen das Eisen in Betracht. Dazu kommt, daß für die Entwicklung des deutschen Eisenbahnwesens in der That die deutschen Maschinenfabriken nicht mehr ausreichen.

Es giebt wenige größere Regierungen, die Staatsbahnen zu bauen genöthigt waren, welche sich nicht genöthigt gefühlt haben, gegenüber den Versicherungen deutscher Maschinenfabrikanten, daß sie keine Neubestellungen mehr annehmen können, sich nach England zu wenden, und es liegt hiernach auf der Hand, wie sehr durch den Eisenzoll die Anlagelosten deutscher Eisenbahnen steigen. Dies sind die wesentlichen Gesichtspunkte, die uns bei dieser Vorlage geleitet haben. Gehe ich nun auf dasjenige ein, was in den früheren Debatten dieses Hauses bereits über diese Angelegenheit geäußert wurde, so habe ich vor Allem dem Abg. Stumm zu antworten, der uns vorwarf, wir hätten in dieser Frage ein Compromiß nicht gehalten. Ja, meine Herren, ich kenne sehr wenige Gesetze, die anders als durch einen Compromiß zu Stande gekommen sind; aber deshalb auch dann, wenn sich eine gesetzliche Bestimmung im Laufe der Zeit als unzulänglich und schädlich herausgestellt hat, unter allen Umständen daran festzuhalten, das wäre doch eine große politische Verfehlung. (Zustimmung.) Derselbe Abgeordnete hat uns sodann unseren Irrthum vorgeworfen, indem wir von der Voraussetzung ausgegangen wären, die Ausfuhrprämie, welche die französische Regierung ihren Eisenhüttenbesitzern und Maschinenfabrikanten in der Ausfuhr von Gußeisen, Stabeisen und Maschinen gewährt, hätte aufgehört. Nun, meine Herren, wir haben diese Meinung gehabt, weil inzwischen an die Spitze der französischen Regierung ein Mann gekommen war, der in seiner früheren parlamentarischen Stellung das System der Ausfuhrprämie bekämpft hatte, und weil wir glaubten, daß gegenüber den nicht unerheblichen Finanzbedürfnissen Frankreichs man bestrebt sein würde, ein System zu verlassen, welches der französischen Staatskasse zu Gunsten einzelner Industriellen eine große Summe entzieht. (Sehr richtig!)

Herr Stumm hat Recht, das System dauert in der That noch fort, und ich muß hinzufügen, ich kann nicht sagen, daß ich eine rasche Aenderung dieses Systems in Aussicht stellen kann. Aber, m. H., wir müssen uns doch notwendig die Frage vorlegen, ob wir in einem der wichtigsten Gegenstände des Verbrauchs unsere Entscheidung lediglich von der Verwaltungspraxis in Frankreich abhängig machen sollen. Nehmen wir an, unsere Voraussetzung, die titros d'acquits à caution hätten aufgehört, wäre richtig gewesen, und es wäre jetzt mit der Aenderung der französischen Regierung, die Aufhebung wieder rückgängig gemacht, würden wir darum sofort mit unserem Tarif dieser Aenderung nachkommen wollen? Es ist ganz unmöglich mit einer Maßregel, die wir im Interesse des Landes für notwendig halten, uns abhängig zu machen von einseitigen, ganz uncontrolirbaren Gesetzesbestimmungen des Auslandes. (Beifall.) Wenn endlich der Abg. Stumm hervorhebt, die Eisen-Industrie verlangt gar keinen Schutz, sie verzichtet auf jeden Schutz; wenn Sie uns nur ein internationales Abgabengebiet verschaffen; so ist das, m. H., objectiv gesagt, eine Redensart, die wir bisher noch bei jeder einzigen Industrie gehört haben. Jede Industrie kann das mit voller Beruhigung sagen, weil sie ganz sicher ist, daß es niemals zur Ausführung kommen kann. (Heiterkeit.) Also, m. H., darauf können wir unmöglich Gewicht legen. (Beifall.)

Abg. Krüger (Lauenburg) zieht im Auftrage seiner Mitantagsteller den Antrag auf Aufhebung des Eisenzolles zu Gunsten der Regierungs-Vorlage zurück.

Abg. Günther (Sachsen) kann zwar nicht von der Aufhebung der Eisenzölle eine Art von neuer Aera für die Landwirthschaft erwarten, aber er hält die Lage derselben anderen Erwerbszweigen gegenüber doch für so ungünstig, daß er jede Erleichterung mit Freuden begrüßt. Nur fürchtet er, daß die Aufhebung der Eisenzölle den etwaigen Vortheil, welchen die Landwirthschaft aus der Aufhebung des Eisenzolles haben kann, mehr als compensirt. Diese Maßregel scheint im Interesse einiger großen Fabrikanten des Glases getroffen zu sein, aber so gern er elässigen Interessen gerecht werde, so könne er es doch nicht thun auf Kosten der viel größeren Landestheile in Deutschland, welche hauptsächlich auf den Kartoffelbau angewiesen seien. Er bedauere sehr, daß noch im letzten Stadium der überlangen Session der Reichstag ohne jede Vorbereitung über so ungeheuer wichtige Fragen eine Entscheidung treffen solle; nach den Beratungen der Delegirtenconferenzen habe man wohl mit Recht erwarten dürfen, daß diese Sache nicht mehr das Haus beschäftigen werde. Er werde für den Vermittlungsantrag Sammer stimmen, wenngleich ihm am liebsten sein würde, wenn der Reichstag die Vorlage ablehnte mit der Motivirung, daß es inopportun sei, sie in dem gegenwärtigen Moment zu beraten.

Abg. v. Kardorff bedauert, daß die Reichsregierung das Princip aufgegeben habe, auf Zölle nur gegen eine Compensation zu verzichten. Die Reichsfinanzen würden nicht immer so glänzend sein, als augenblicklich und der Zeitpunkt sei nicht mehr gar fern, wo neue Steuern geschaffen werden müßten. Er habe gegen die Vorlage ferner das politische Bedenken, daß sie beraten werden solle, ehe die Abgeordneten des Glases im Reichstage säßen. Es sei doch auf's Dringendste zu wünschen, daß das Reichsland möglichst ruhige und billig denkende Männer in die Reichsvertretung schide und die Möglichkeit solcher Wahlen habe in den industriellen Gegenden des Glases am nächsten gelegen, aber die Annahme der Vorlage würde dieselbe völlig vernichten. Ein dritter Grund, der ihn in die Opposition treibe, sei der Umstand, daß mit Aufhebung der Eisenzölle Deutschland das letzte Mittel aus der Hand gebe, den Spiritus in England aus der Welt zu schaffen. Die Agitation gegen denselben in England selbst sei bisher ganz erfolglos gewesen, weil die Hauptspiritusfabrikanten wenige, mächtige Lords von sehr weitreichendem Einfluß seien, die in den weitverbreiteten Mäßigkeitsvereinen eine gewichtige Unterstützung fanden. Deutschland produciere den Spiritus am billigsten und mächte deshalb eigentlich den Weltmarkt beherrschen, aber

in England trete ihm der Schutzzoll hindernd entgegen und die Aufhebung desselben würde für die östlichen Provinzen Deutschlands eine viel größere Wohlthat sein, als die Aufhebung unserer Eisenzölle.

Wenn man mit diesen die einzig wirksame Compensation aus der Hand gebe, dürfte man nie darauf rechnen, daß England auf den Eisenzoll verzichten würde. Der Zusammenhang zwischen dem Eisenzoll und der Auswanderung auf den Herr Delbrück hingewiesen habe, sei ihm völlig unerfindlich. Die Auswanderung sei erklärlich durch Einführung der Grundsteuer, der Freizügigkeit und durch andere Ursachen mehr, aber billigere, landwirtschaftliche Maschinen werde man durch Aufhebung der Eisenzölle nicht bekommen. Die ganze Vorlage sei ein so gewaltiger Schritt, sie erschüttere eine Industrie, die 80 bis 100 Millionen Thaler jährlich umsetze, so heftig, sie komme so spät an ein völlig unvorhergesehenes Haus, daß er eigentlich nur wünschen könne, sie ginge unbedenklich durch; dann würde sie eine so beständige Reaktion in kurzer Zeit hervorrufen, daß im Reichstagsparlament bald gesunde, volkswirtschaftliche Ansichten wieder zur Geltung kommen würden. Der Antrag Möhl erscheine ihm als der gerechteste; um aber zu zeigen, daß er politischen Gründen nicht unzugänglich sei, werde er für das Amendement Barnabiller stimmen.

Abg. Dr. Braun: Es ist nicht richtig, daß die Frage vor ein unvorhergesehenes Haus kommt. Eine freie Commission, an welcher Jedermann theilnehmen konnte, hat seit Beginn der Session mit derselben beschäftigt; der Antrag v. Mohl liegt uns seit zwei Monaten vor und von der Regierungsvorlage hatten wir schon seit lange aus den Zeitungen Kenntnis. Das deutsche Reich ist vielmehr dem Bundesrathe dank schuldig, daß er noch in der Session dem Reichsbürger eine finanzielle Erleichterung schaffen will und es würde mindestens sehr sonderbar sein, wenn nun die Volksvertretung sagte: Nein, wir thun nicht mit (sehr richtig). Ich meinerseits freue mich auch, daß die Reichsregierung die Compensationstheorie aufgegeben hat, daß sie auf 2—3 Millionen Thaler Einnahme nur verzichtet, wenn sie dagegen 3—4 Millionen erhält. Jede wahre Steuerreform trägt ihre Compensation in sich selbst, weil sie den Volkswohlstand fördert und der Standpunkt des Vorkommers: Je länger der Tarif, um so besser! ist völlig veraltet, die Vertheilung des Eisenzolls zwischen fortwährend fremde Fragen in eine innere Reform. Herr v. Kardorff verlangt Aufhebung des Spritzzolls in England, Herr Stumm ein gemeinames Zollgebiet in Europa, das heißt Vertagung der Reform ad calendas graecas! Mögen sie wenigstens offen sein und ohne Rückhalt sagen: wir wollen die Reform nicht. Die düsteren Prophezeiungen, in denen sie sich ergeben, haben gar keinen Werth; ein verehrliches Mitglied hat 1832 prophezeit, daß Württemberg zu Grunde gehen werde, wenn es sich dem Zollverein anschließe. (Heiterkeit.)

Abg. Möhl: Kein Wort davon ist wahr! (Große Heiterkeit.) Herr v. Barnabiller wird mir Recht geben; er hat selbst das inzwischen etwas vergilbte Manuscript in der württembergischen Kammer verlesen; die Schatz- und Erbschindnisse sind dann später als ein Verrath an Süddeutschland geschildert worden; alle diese Prophezeiungen haben sich gerade in ihr Gegenteil verkehrt. Die Aufhebung des Eisenzolls wird nicht allein durch das landwirtschaftliche Interesse geboten; wir gebrauchen mehr Eisen für unsere Bauten und unsere Transportmittel. Nicht die Annahme der Vorlage beunruhigt die industrielle Welt, sondern ihre Vertagungsanträge thun das; die größte Beunruhigung ist die Ungewißheit. (Sehr richtig!) Herr Stumm sagt uns: Die Aufhebung des Eisenzolls verhindert die Fabrikanten für ihre Arbeiter zu sorgen. Das ist nicht wahr; durch solche Behauptungen provocirte er nur, daß nachgewiesen wird, wie es Herr v. Schweizer im Zollparlament that, daß am Schutzzoll nur die Fabrikanten gewinnen und gar nicht die Arbeiter (Sehr wahr!). Der Schutzzoll entbehrt das platte Land und für mich ist diese Hypothese der Städte und Atropie des flachen Landes eine sehr bedächtige Erscheinung. Kurz, denken Sie bei Vertagung der Vorlage nicht an die Interessen einzelner Classen und Städte, sondern, wie Kunze sagt, an das Interesse des gütigen Herrn omnes, oder wie die Franzosen sagen, an den monsieur tout le monde. (Lebhafter Beifall.)

Bundesbedollmächtigter Staatsminister Camphausen kann das Lob des Abg. Braun, daß die Finanzverwaltung des deutschen Reichs die veraltete Compensationstheorie aufgegeben habe, doch nicht so uneingeschränkt acceptiren. (Große Heiterkeit.) Sie habe nur diesmal davon abgesehen, einmal, weil sie die Erfahrung gemacht habe, daß es kein sicheres Mittel gebe, ein Steuerproject von vornherein zu Falle zu bringen, als es mit einem anderen zusammen zu koppeln (sehr richtig), dann aber, weil der Compensationstheorie sich wohl Finanzzöllen gegenüber rechtfertigen lasse, aber nicht gegenüber veralteten Schutzzöllen, deren Aufhebung die Reichsregierung selbst als ein dringendes Bedürfnis der Gegenwart anerkennen müsse. (Beifall.) Er als preussischer Finanzminister habe es speziell, nachdem in Preußen eine Reform des directen Steuerwesens zu Stande gekommen sei, für eine heilige Pflicht gehalten, auch für die Beseitigung der brandenburgischen indirecten Steuer zu sorgen, die eine viel weniger heftige Erleichterung des Volkes sein würde, als sich in Zahlen ausdrücken lasse. (Lebhafter Beifall.)

Abgeordneter Möhl beschwert sich über den Angriff Brauns und sucht nachzuweisen, daß die Aufhebung der Eisenzölle die Anschaffung landwirtschaftlicher Maschinen und die Lage der deutschen Landwirtschaft kaum erleichtern werde. Die Vertheilung des Grund und Bodens in Süddeutschland, Elsaß-Lothringen und in Sachsen schließe die Anwendung landwirtschaftlicher Maschinen aus, wie sie in Norddeutschland von der Elbe bis zur russischen Grenze Spielraum finde. Auch das angeführte Beispiel Amerikas beweise das Gegentheil von dem, was bewiesen werden solle; nicht unter der Herrschaft der Zollfreiheit, sondern unter dem Schutz hoher Zölle auf Grundlage der Theuerung der menschlichen Arbeitskräfte sei Amerika zu dem enormen Aufschwung seiner Maschinenindustrie gelangt und in Frankreich liege die Sache fast ebenso, wie die Beforgnisse des abgetrennten Elsaß beweisen. Man verweise auf die hohe Blüthe der Eisenindustrie und doch wisse jeder Sachkundige, daß diese Blüthe nur das Resultat besonderer Conjunctionen der letzten Jahre und bereits wieder in der Rückbildung begriffen sei. Er bitte deshalb dringend, den Entwurf abzulehnen und die deutsche Eisenindustrie vor dem sichern Ruin zu retten.

Abg. v. Mallindrodt erklärt sich für seine Person für die sofortige Aufhebung des Eisenzolls, obwohl nicht alle seine Parteigenossen diese Ansicht theilen. Für eine principielle Fortdauer des Schutzzolls sei freilich Keiner, insofern sei noch Mancher zweifelhaft, obsonst jetzt der geeignete Augenblick zur Beseitigung desselben gekommen sei. Auch diese Bedenken theile er nicht. Allerdings habe er selbst früher mehrfach in schützpolitischer Richtung seine Stimme abgegeben, jetzt werde er jedoch für die Regierungsvorlage stimmen in der festen Ueberzeugung, daß die deutsche Eisenindustrie zu ihrer Erhaltung und Weiterentwicklung eines Schutzes nicht mehr bedürfe. Den Beweis für die Richtigkeit dieser Ansicht finde er in der colossalen Vermehrung der Production in den letzten Jahren, in der Steigerung der Preise der Producte um mehr als 100 Procent, und in dem Verhältniß zwischen Ein- und Ausfuhr, welches durch die bedeutende Prävalenz der letzteren unweifelhaft die Concurrenzfähigkeit des deutschen Eisens auf fremden Märkten darthue. Unter solchen Umständen halte er es für unzulässig, länger einen Schutzzoll aufrecht zu erhalten und dadurch eine Klaffe der Bevölkerung auf Kosten der übrigen künstlich zu bereichern. (Beifall.)

Die erste Vertagung wird um 4½ Uhr geschlossen, die zweite wird ebenfalls im Plenum stattfinden und zwar noch heute in einer Abendsession um 8 Uhr. Für die nächste Woche kündigt der Präsident regelmäßige Abend-sitzungen an.

Abendsession des Reichstages.

Zweite Vertagung der Zolltarif-Reformvorlage. Nach fast vierstündiger, langer Debatte wird unter Ablehnung des § 1 der Regierungsvorlage der Barnabillerische Compromißantrag mit großer Majorität angenommen, wonach Notheisen aller Art, altes Bruch Eisen, Rohstahl fernwärts von der russischen Grenze sofort zollfrei wird, für alle übrigen Eisenpositionen und Stahlpositionen der Regierungsvorlage Zollermäßigung eintritt, die aber am 1. Januar 1877 gleichfalls einer gänzlichen Zollbefreiung Platz macht. Die §§ 2 und 3 wurden in der Regierungssatzung angenommen. Die nächste Sitzung ist morgen.

Berlin, 20. Juni. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Geheimen Sanitäts-Rath Dr. Rüdel zu Köln, dem Commerzien-Rath Julius Gause zu Barmen, dem Oeconomi-Rath, Premier-Lieutenant a. D. Stolze zu Lüttenberg, Kreis-Verordnen, dem Rector des Programms zu Trierbach im Kreise Zell, Stäffler, und dem Kaufmann Georg Zurbelle zu Pöppel den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem Ober-Medizinal-Rath a. D. Dr. Haas zu Wiesbaden den Rothen Adler-Orden dritter Klasse; dem emeritirten Pfarrer Wächter, jetzt zu Braunsberg, dem Vicar Reusing zu Osterwid, Kreis Coblenz, und dem Post-Expeditur-Nodenberg zu Harfeld im Stader Kreis-Rhein den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Baurath a. D. Witting zu Hannover und dem Commerzien-Rath August Willmann zu Sagan den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse; dem Kreisgerichts-Secretär, Ranzler-Rath Westhoff zu Soest und dem Ober-Regierungs-Inspector Neumann beim Garnison-Bazareth in Mainz den königlichen Kronen-Orden vierter

Klasse; dem Fabrikseiger Karl August Arndt zu Neu-Bassig, Kreis Waldburg, dem Schützen und Dreierheber Sydelt zu Chwoititz im Kreise Lublin das Allgemeine Ehrenzeichen; sowie dem Guts-Administrator von Schad zum Kommen im Kreise Köbau die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Kaufmann Carl Friedrich Hermann Erbe zu Berlin, und dem Lithographen und Steinbrudereibesitzer Adolph Engel zu Berlin das Prädicat eines königlichen Hof-Lieferanten verliehen.

Berlin, 20. Juni. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahmen in den letzten Tagen auf Schloß Babelsberg die gewöhnlichen Vorträge entgegen, und zogen Ihre Majestäten täglich einige Personen zur Tafel, in erster Reihe die Reichskanzler und deren Gemahlinnen.

Gestern empfingen Se. Majestät den Fürsten Reichskanzler zu einem längeren Vortrage.

— Berlin, 20. Juni. [Die Papiergeldfrage. — Aus der Budget-Commission. — Interpellation. — Soiree. — Hilfsverein. — Pastor Dufkorp.] Der Bundesrath hielt heute Vormittag 11 Uhr im Reichskanzler-Amt unter des Präsidenten Delbrück Vorsitz abermals eine Sitzung, welche lediglich der Reichspapiergeld-Angelegenheit gewidmet war, aber noch nicht zum Abschluß führte. Die Meinungen über die Entschädigungs- resp. Verlustfrage der einzelnen Bundesstaaten gehen noch zu weit auseinander, und eine Ausgleichung herbeizuführen ist immer noch ein eben so lebhafter Wunsch, als der Erfüllung Schwierigkeiten entgegenstehen. Die Einzelheiten der Vertagung entziehen sich der Öffentlichkeit; heute oder morgen soll eine neue Vertagung stattfinden. Es fehlt nicht an Stimmen, welche eine Vertagung der Frage bis zur nächsten Session und für jetzt die Annahme des Münzgesetzes anrathen und einen derartigen Ausweg auch für möglich halten. — In der Budget-Commission berathet man heute über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend den nach dem Gesetze vom 8. Juli 1872 einzuweisen reservirten Theil der französischen Kriegskosten-Entschädigung und nahm im Ganzen mit geringen Modificationen den § 1 des Gesetzes an. Abgelehnt wurde indessen der Punkt 9: Zur Gewährung eines Zuschusses zu dem etatsmäßigen Gesamt-Aufwande für das Reichsheer und zwar a) für das preussische Contingent und die in die preussische Verwaltung übernommenen Contingente anderer Bundesstaaten auf das Jahr 1873 481,125 Thlr., auf das Jahr 1874 325,000 Thlr., b) für Bayern auf das Jahr 1873 115,083 Thlr., auf das Jahr 1874 89,241 Thlr. Die Commission konnte sich die Motive nicht aneignen, daß durch das frühere Aufheben der Occupation französischer Gebietsstelle und die Erhaltung der Occupation-Armee durch Frankreich die geforderte Vermehrung des Pauschquantums zu rechtfertigen sei. — Der Abg. Bank hat unterstützt von sämmtlichen Mitgliedern der Fortschrittspartei jetzt folgende Interpellation eingebracht: „Hat der Herr Reichskanzler Kenntnis davon genommen, daß höhere Postbeamte mehrfach aus den unter den Schutze des Briefgeheimnisses stehenden Listen der Abnehmer der durch die Post beförderten Zeitungen die Namen unterer Beamten ermittelt und denselben dienstliche Verhaltungen darüber gemacht haben, daß sie auf Zeitungen abonnierten, welche ihren Vorgesetzten mißliebige erschienen? Beabsichtigt derselbe Maßregeln zu ergreifen, welche die Wiederholung solcher Vorgänge verhindern, die neben einer Verletzung des Briefgeheimnisses eine unzulässige Beeinflussung der Reichsbeamten enthalten?“ — Die gestern Abend stattgehabte erste diesjährige parlamentarische Soiree bei dem Abg. v. Russe war ungemein zahlreich von Mitgliedern des Bundesraths und Reichstages besucht. Unter den ersteren bemerkte man den bayerischen Justizminister Dr. Fäule, den hessischen Ministerpräsidenten Dr. Krüger, den sächsischen Oberst-Leuten. v. Holleben, den württembergischen Obersten Fabre du Fance, den Ministerialdirector Herzog, den Geh. Rath v. Pommer-Esche, den preussischen Handelsminister Dr. Achenbach u. s. f. Seltens des Reichstages waren die drei Präsidenten und hervorragende Mitglieder aller Fractionen anwesend; außerdem bemerkte man mehrere Vertreter der Presse in der Gesellschaft, welche in lebhafter Unterhaltung bis gegen Mitternacht beifammen blieben. — Der deutsche Hilfsverein für die durch Sturmfluth Verunglückten an der Ostsee hat in der Generalversammlung vom 4. d. M., wie gemeldet, die Herren Stadtrath Magnus, Commerzienrath Friedberg und den Bureaudirector des Abgeordneten-Hauses Geh. Rechnungsrath Kleinschmidt zu Rechnungsführern bestellt. Die Herren haben die vorgelegten Rechnungen richtig befunden und gestern dem geschäftsführenden Ausschusse Decharge ertheilt. Etwa noch eingehende Beträge nimmt der Geh. Ober-Reg.-Rath Wulfschahn im Ministerium des Innern entgegen, den der Verein unter Zustimmung Sr. k. k. H. des Kronprinzen, als Protector, mit der Vertretung betraut hat. — Der bekannte Pastor R. Dufkorp in Dacherow hat den Reichstagsabgeordneten neuerdings reichen Stoff zur Heiterkeit gegeben. In Folge der Bemerkungen des Abgeordneten Dunder über die Pöktion der „Deutschen Gesellschaft der Sonntags- und Arbeiterfreunde“ um strenge Sonntagsfeier, wobei Redner von Hengler und Dietrich gesprochen, richtete Se. Hochwürden, der hochverehrte Pastor und Handelsmann zu uns in Dacherow, an den Präsidenten des Reichstages Dr. Simson die Aufforderung, den Abg. Dunder wegen solcher Aeußerung nachträglich zur Ordnung zu rufen. Der Präsident hatte die wirklich große Freundlichkeit dieses Schreiben einer Antwort zu würdigen und die naive Zumuthung höflich abzulehnen, weil es ihm zur Erfüllung „an jeder Veranlassung und Befugnis schließe gebreche. Nun läßt sich der Herr Pastor in seinem Organ „Die Deutsche Wacht“ los, erzählt den Vorfall und schreibt wörtlich: „Demnach bleibt nichts Anderes übrig, wie hiermit geschieht, den Herrn Präsidenten Simson ehrenbeistigt zur Ordnung zu rufen!“ Es ist nur gut, wenn auch in ersten Zeiten die Kräfte nicht aufgehen, welche wollend oder nicht wollend für die allgemeine Erheiterung Sorge tragen.

[Der Kronprinz.] Wie die „H. N. Z.“ erfährt, wird der Kronprinz im Laufe der Saison in Wyl, und nicht, wie anfänglich gemeldet wurde, in Spli, erwartet. Bereits ist der kronprinzliche Haushofmeister daselbst eingetroffen, um für die hohen Herrschaften Wohnung zu bestellen. Der Kronprinz und seine Familie werden Anfang Juli eintreffen.

[Ehrenschenk.] Aus Melbourne (Colonie Victoria) wird uns gemeldet: Der „Deutsche Verein in Sandhurst“ hat im Gefühle der Dankbarkeit, welche die Deutschen in Australien ohne Ausnahme gegen den großen Staatsmann Fürsten von Bismarck in sich tragen, von den Goldarbeitern Edwards u. Kaul in Melbourne ein höchst elegantes und werthvolles Schreibzeug aus Gold der berühmten Sandhurst Digging's u. s. w. anfertigen lassen, welches Herr J. C. Klemm von dort, welcher dazu deputirt ist und sich mit dem heiligen (22. April) Postdampfer nach Europa begibt, dem Reichskanzler überreichen wird. Das Ehrenschreiben wurde in Melbourne öffentlich ausgestellt und erregte wegen des Kunst- und Geschmacksvollen, das mit dem Werthvollen vereinigt worden, die allgemeinste Bewunderung.

Stettin, 20. Juni. [Der Postdampfer] des baltischen Lloyd „Gumboldt“, Capitän Blank, ging gestern Abend 7 Uhr mit Passagieren und Ladung von hier nach New-York in See.

Weimar, 20. Juni. [Der Erbgroßherzog] von Sachsen-Weimar hat sich mit der Prinzessin Pauline von Sachsen-Weimar, Tochter des Prinzen Hermann von Sachsen-Weimar und der Prinzessin Auguste von Württemberg, verlobt.

Stuttgart, 20. Juni. [Die Kaiserin von Rußland] ist gestern Abend 10 Uhr hier angekommen und in der königlichen Villa Berg abgestiegen.

Strasburg, 20. Juni. [Für die bevorstehenden Wahlen] zu dem Bezirkslage hat die gemäßigten Partei folgende Candidaten aufgestellt: Rechtsanwälte Wolff und Schneegans, Kaufmann Schmidt und Apotheker Klein. Die Wahlbewegung nimmt gegenwärtig in ganz Elsaß-Lothringen einen lebhaften Aufschwung.

Strasburg, 20. Juni. [An Stelle des Anwalt Wolff], der seine Candidatur zu den Bezirkswahlen aufgegeben hat, ist Bank-director Nord in die Reihe der Candidaten der gemäßigten Partei getreten. Von der extremen Partei werden bedeutende Wahlagitationen ins Werk gesetzt und wird in ihrem Manifest auf ihre politischen Zwecke unverhohlen hingewiesen.

Italien.

Rom, 14. Juni. [Die Eisenbahnverbindung zwischen Rom und Florenz. — Aus der Deputirtenkammer. — Der Verkauf von Klostergrütern. — Zum Klostergesetz.] Das Bedürfnis, eine directere Eisenbahnverbindung zwischen Rom und Florenz und dadurch auch mit Oberitalien herzustellen, hat nicht bloß mehrere Commissionsberichte und Gutachten, sondern jetzt auch noch eine zweitägige Debatte in der Kammer veranlaßt, die schließlich, wie so manche andere, wegen mangelhafter Zahl der Abgeordneten nicht zur Abstimmung geführt hat, heute aber erledigt werden soll. Mehrere Einien, schreibt man der „R. Z.“, sind in Vorschlag, auch die Commission empfiehlt deren zwei, besonders wegen der größeren Billigkeit die Linie Ancona-Chiusi, welche den Weg um etwa 100 Kilometer abkürzen und die Fahrzeit von zehn auf sieben Stunden reduciren würde. Dabei ist vorausgesetzt, daß zugleich die Verbindung zwischen Orte und Civitella, an der man schon Jahre lang „arbeitet“, hergestellt sei. Da man einmal am Abkürzen war, so brachte der Abgeordnete Bresciamorra eine Tagesordnung ein, welche das Ministerium veranlassen will, die Vorarbeiten für eine vielbegehrte Strecke, nämlich die directe Route Rom-Neapel, zu machen. Der Minister de Vincenzi erklärte, diese Tagesordnung nicht annehmen zu können; er sei bereit, für möglichst schnelle Beförderung auf der jetzigen Strecke Vorsorge zu treffen, eine Concurrenzlinie, etwa Rom-Gaeta-Neapel, werde jedoch die Commission nicht erhalten. Damit schwinden die Hoffnungen des reisenden und handelsreisenden Publikums. Statt, wie es leicht zu ermöglichen wäre, in fünf, wird man sich nach wie vor dazu verstehen müssen, in acht Stunden von hier nach Neapel zu fahren. Aber vielleicht ist das Vorgehen des Ministers nur durch eine andere Erwägung hervorgerufen. Binnen Kurzem findet die General-Versammlung statt, welche über das Schicksal der römischen Eisenbahnen, zu denen auch diese Strecke gehört, entscheiden soll. Die Regierung ist bei der Frage selbst sehr theilhaftig und will die Sache nicht noch mehr durch plötzlich aufsteigende Concurrenzvorurtheile verwickeln. — Im Senate hat man gestern die weitere Vertagung des Gesetzes über die Reorganisation des Universitätsstudiums in die Hand genommen, aber nur um die Vertagung in Anbetracht der Wichtigkeit mehrerer eingegangenen Amendements wieder zu vertagen. — Nach eben erschienenem Ausweis sind von Grundstücken aus ehemaligem Kloster- oder Kirchenbesitz im Mai 1304 Looße verkauft worden, zum Gesamt-Zuschlagspreise von 5,761,000 Lire. Im Ganzen wurde innerhalb der fünf ersten Monate d. J. verkauft für 18,650,000 L. Die Gesamtsumme für die seit 1867 verkauften 82,000 Looße beträgt 412,000,000 L. — Im Senate ist heute der Bericht Mamiani's über das Klostergesetz verliest worden. Man sieht es dem Berichte an, der, wie alles, was von Mamiani herührt, schwungvoll geschrieben ist, daß die Arbeit anderswo, nämlich in der Kammer, gethan worden ist und daß die Commission des Senats sich gern darein gefügt hat, die einfache Annahme der Vorlage in ihrem jetzigen Wortlaute zu beantragen. Wozu sollte es auch führen, wenn abermals Aenderungen in Vorschlag gebracht und beschlossen würden? Die Folge wäre nur, daß man das ganze Gesetz wieder in Frage stellte; denn es müßte in diesem Falle an die Kammer zurück, und die Kammer — sie hat sich bei dieser Vorlage so unberechenbar gezeigt, daß es zum mindesten wünschenswert ist, ihr nochmalige Debatten über den Gegenstand zu ersparen. So drängt denn die Commission die kleineren Wünsche, die sie noch hatte, zurück, beantragt die unveränderte Annahme und behält sich vor, über einen belangreichen Punkt eine besondere Motion an das Ministerium in Vorschlag zu bringen, nämlich über das Vereinsrecht, unter welches nunmehr die religiösen Körperschaften fallen werden. Es ist schon mehrfach darauf hingewiesen worden, daß der Ausdruck „Aufhebung“ der religiösen Körperschaften irreführend sei. Die Folge des gegenwärtigen Gesetzes ist lediglich, daß dieselben in Rom die Rechte juristischer Personen verlieren, wie dies auch im übrigen Italien, auch in Frankreich der Fall ist. Zudem aber die Gesamtheit dieses Rechts verliert, gewinnt der Einzelne es für sich wieder, und wenn er freiwillig in der Gemeinschaft mit den bisherigen Zwecken verbleiben will, so fällt diese Gemeinschaft nunmehr unter den Schutz und Bereich des Rechts der freien Vereinigung. Unter diesem Titel sind in Italien einerseits eine Menge von Orden, die sich der Pflege der öffentlichen Wohlfahrt widmeten, in ihren früheren Localen und ihrer Beschäftigung wie bisher erhalten geblieben. Dem Einzelnen wird seine Pension ausbezahlt; er autorisirt die gemeinsame Kasse, den Betrag einzuziehen, und bleibt in derselben Thätigkeit wie bisher. Nur ändert sich das Resorverhältniß des Ordens. Statt wie früher dem Provincial seines Ordens, hat er nunmehr dem Präfecten der Provinz Rechenschaft über seine praktische Thätigkeit, etwa über die Führung seines Hospitals, abzugeben. Seine und der Seinigen kirchlich-religiösen Beziehungen bleiben ganz unberührt. Das ist die Folge der Entziehung der juristischen Persönlichkeit. Die Orden bestehen weiter fort, sind nicht „aufgehoben“, sondern constituiren sich nur in anderer Weise nach außen hin. Es ist nur wünschenswert, daß dem Vereinsrechte mit Rücksicht hierauf einige Modificationen beifügt und erweiternde Bestimmungen getroffen werden, und bereits im Jahre 1871 sind solche seitens des Ministeriums in Aussicht gestellt worden. Die Commission oder genauer gesagt zwei Mitglieder derselben beantragen jetzt ausdrücklich eine Tagesordnung, welche das Ministerium auffordern soll, eine solche Erweiterung und genauere Fassung des Gesetzes über das Vereinsrecht vorzulegen. Von den fünfzig eingelaufenen Petitionen wird im Berichte eine hervorgehoben, gerichtet an den Senat seitens 17 Bischöfe und Bischöfe der Kirchenprovinzen Turin und Vercelli. Auch diese Würdenträger beklagen sich über die „Aufhebung“ der Orden in der Hauptstadt des Katholicismus, obwohl sie täglich vor Augen haben, daß die Körperschaften ruhig weiter bestehen. Daneben vermissen und verwerfen sie aber in einer Weise die Grundsätze des Kirchenrechtes mit denen des modernen Staatsrechtes, daß es unmöglich ist, sich mit der Eingabe auch nur theoretisch auseinander zu setzen.

Niederlande.

Amsterdam, 16. Juni. [Die Neuwahlen] haben — schreibt man des „R. Z.“ — in der Zusammensetzung der zweiten Kammer keine Veränderung hervorgebracht. Diese fängt mit dem 25. wieder ihre Sitzungen an, und wie es dann mit dem Ministerium gehen wird, ist vorläufig noch im Dunkel. Allgemein erwartet man aber sein Abtreten, und was uns die Zukunft dann bringt, wer möchte darüber Conjecturen stellen? Trotz dem allgemeinen Rufe nach anderen Männern in Kammer und Regierung sind solche nicht aufzutreiben. Man sollte fast als bestimmt annehmen, daß sie nicht bestehen; dagegen weiß man aber auch, daß manche tüchtige Leute sich lieber nicht in eine politische Laufbahn begeben. Die Schuld an diesem Zustande liegt an den Liberalen im Lande, die es trotz ihrer Majorität zu nichts bringen können. Der größte Theil des Volkes sieht apathisch zu, die Besseren schütteln traurig die Köpfe, wissen aber auch nicht, dem Uebelstande abzuhelfen. Man kennt die Krankheit, aber die Heilmittel wirken nicht energisch genug, um zu retten. — Die von der Regierung erwarteten rechtsfertigen Nachrichten aus Indien lassen noch immer auf sich warten. Mit dem Märchen, Amerika habe sich in die Angelegenheiten mit Äthiopien einmengen wollen, hat man natürlich wenig Erfolg; es steht auch im directen Widerspruch mit der Erklärung der Regierung, daß alle Mächte mit der Expedition einverstanden gewesen seien. Der Grund, daß der Sultan von Äthiopien sich gerüstet und bei Anderen Hilfe gesucht habe, ist für eine Kriegserklärung geradezu hinreichend. Der Grund, daß man sich über solche Kleinigkeiten in Indien hinwegsetzen zu dürfen? — Der Redacteur der Samarang'schen Zeitung ist des Landes verwiesen, weil er sich zu heftig gegen die Regierungspolitik ausgelassen hat. Als Dr. Jacobi während des deutsch-französischen Krieges gefänglich eingezogen wurde, schrieb hier Alles über preussische Wälfur. Jetzt thut man dasselbe. Freilich herrscht keine Pressfreiheit in Indien und die Regierung kann dort thun, was sie will.

Provinzial-Beitung.

Breslau, 20. Juni. [Handwerker-Verein] Herr Dr. Eger hielt gestern einen Vortrag „Ueber Natur-Erscheinungen“. Den Cardinalpunkt bildete für dieses Mal der Mond, über dessen Lauf, Einwirkungen, Substanz u. Redner zu sprechen sich vorgenommen. Die verschiedenen Aberglauben, zu denen der Mond Veranlassung gegeben habe, werden theilweise von Redner angeführt. Was die Wirkungen des Mondes betrafte, so wären sie sehr gering und zeigten sich wohl nur auf der See in der Ebbe und der Fluth; auf das Wetter habe aber jener kleine Gefährte der Nacht nicht den geringsten Einfluß, wie man bisher zu glauben geneigt war. Ueber den Inhalt des Mondes wissen wir zu sagen, daß er aus Gebirgen und großen Kratern bestehe, von denen erstere wegen ihrer Gestalt auch Ringgebirge genannt werden. Auch Seen und Ozeane giebt es oben, nicht aber in unserem Sinne, sondern die Abflüsse werden mit diesem Namen beehrt, während Seen in unserem Sinne nicht zu erblicken seien, da kein Wassertröpfchen dort zu finden sei. Auch der zum Leben unentbehrliche Sauerstoff werde auf dem Monde vermehrt, so um Mittag die größte Dichte, gegen Mitternacht das größte Extrem, schwache Kälte herrsche. Dhalb geübte Vegetation dort in das Reich der Unmöglichkeit. Von großem Nutzen sei der Mond für Seefahrer, um zu erkennen, wo sie sich befinden. Reicher Beifall lohnte den Vortrag des Redners.

Ueberfahren] Die Arbeiterfrau Andersen, Dammstraße bei Pöpelwitz wohnhaft, war heute auf der Straße der R. D. U. B. dicht an der Einteilung Fabrik mit Kleiarbeit beschäftigt, als der, bald nach 2 Uhr vom Bahnhof an der Berlinerstraße abgehende Personenzug dieselbe auf dem Geleise erfaßte, die rechte Hand abfuhr und den Hirtenschild total zertrümmerte, natürlich fand dieselbe auf der Stelle ihren Tod. Frau Andersen, welche von ihrem Manne getrennt lebte, hinterläßt noch 3 unermöglichte Kinder.

[Zu den Gewerksvereinen.] Auf Mittwoch Abend hatte der Vorstand des Ortsverbandes die Mitglieder sämtlicher Ortsvereine zum „Debatteabend“ eingeladen, dieser Einladung war jedoch nur ein kleiner Theil der Mitglieder nachgekommen. Herr Huhn eröffnete die Versammlung gegen 9 Uhr und sprach sein Bedauern über den schwachen Besuch aus. — Da grundsätzlich für die Debatte eine Tagesordnung nicht aufgestellt wird, um den Mitgliedern Gelegenheit zu geben sich durch Fragenstellung und Beantwortung im öffentlichen Sprechen zu üben, so schritt man sofort zur Eröffnung der Tagesordnung. — Die erste Frage: „Warum ist der Handwerker-Verein von den Mitgliedern der Ortsvereine so schwach besucht?“ führt zu einer langen Debatte, in welcher sich die Herren Schubert, Diegel, Huhn und Redner in Vortritten gegen die Art der Handwerkervereins-Verwaltung und Tendenz ergingen, die Herren Cohn, Eimer und Huhn traten jedoch diesen Ansichten entgegen, indem sie es für Pflicht der Ortsvereinsmitglieder hielten, von dem ihnen so billig gedächtem Beneficium der Handwerkervereins-Vorträge Gebrauch zu machen, besonders da die Arbeiter im Allgemeinen von den Vorzügen des Handwerkervereins lernen können. — Bei der Frage: „Was ist Socialist? Was ist Democrat?“ gingen die Ansichten der einzelnen Redner so weit auseinander, daß es sich deutlich zeigte, wie ohne Heranziehung von Lehrkräften die Fragenbeantwortung wenig erfolgreich sei. — Bei Beantwortung der Frage: „Wie stellen sich die Ortsvereine zu den im Herbst stattfindenden Abgeordneten- und Reichstagswahlen?“, schlug Herr Cohn vor, die Vereine sollten mit der Fortschrittspartei wählen, wenn dieselbe selbstständig (ohne Compromiß) Candidaten aufstellt! Die Herren Huhn und Diegel sind der Meinung, daß besondere Versammlungen zur Vorberathung über die Wahlen i. Z. stattfinden werden und könne man sich dann bei und nach Aufstellung der Candidaten entscheiden. — Die folgende Frage: „Wie stellt sich der Ortsverband zu der dem Gewerbebezugs anhängenden Nobelle, den Contractbruch der Arbeiter mit Gefängnis zu bestrafen?“ führt zur einstimmigen Beantwortung dieses Entwurfs, da man allgemein der Ansicht war, daß bei etwaigem Contractbruch der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer ersterer die Geldstrafe zahlen würde, letzterer dagegen (weil unbemittelt) die Gefängnisstrafe erleiden müßte.“ Herr Diegel zeigte, wie ein solches Gesetz die großen Fabrikherren gar nicht berühren, da dieselben schon jetzt meist ihre Arbeiter ohne gegenseitige Kündigung einstellen, und selbst wenn sie ihre Arbeiter mit 14tägiger Kündigung stellen, so haben die Fabrikanten bei eintretender Krise das Mittel der halben Tage-Arbeit, der Dampfhebel- und Maschinenreparatur u. dgl., wodurch sie den Arbeiter, welcher „von der Hand in den Mund lebt“ zwingen, sich anderwärts nach ausreichender Arbeit umzusehen. Herr Huhn erläuterte den Standpunkt der Gewerksvereine in der Frage des Contractbruchs dahin, daß Contractbruch den Mitgliedern der Ortsvereine statutenmäßig verboten ist (§ 46 d. Muster-Statuten) und das Bestehen der Ortsvereine Errichtung von Schiedsgerichten und Einigungsämtern sei (§ 45 d. Muster-Statuten), demzufolge wünscht Redner, dieses humane Streben möge von Seiten der Arbeitgeber Unterstützung finden, dann werden Ausnahme-Gesetze — wie die Gewerbebezugs-Nobelle — nicht nöthig sein. (Beifall.) Es wurden Anträge eingebracht, auf dem Wege der Petition die Ablehnung dieses Gesetzes zu versuchen und zur Beantwortung dieser für alle Arbeiter so wichtigen Angelegenheit eine Volksversammlung zu berufen. Ueber beide Anträge wird der Vorstand demnächst beschließen. — Wegen vorgerückter Zeit wurden eine Menge Fragen bis zum nächsten Debatte-Abend (9. Juli) vertagt und die Versammlung nach 11 Uhr geschlossen.

3. Gölitz, 17. Juni. [Magistrat. — Bauten. — Theater. — Circus und Concerte.] Der Magistrat, der seit dem Rücktritt des Syndicus Breslauer in den Staatsdienst unvollständig war, ist durch den Uebertritt des Syndicus Breslauer aus dem städtischen Dienste in Naumburg a. S. in den hiesigen jetzt wieder vollständig geworden. Der neue Syndicus, wie der größte Theil der befohlenen Magistrats-Mitglieder noch ein jüngerer Mann, ist bereits seit einer Reihe von Jahren als Communalbeamter thätig gewesen und hat, was unseren jüngeren Stadträte bisher immer bei ihrem Eintritt fehlte, Kenntniß und Erfahrung im Verwaltungs-fach. Dem Vorhaben nach ist ihm das schwierige Decretum in Bauwesen übertragen worden, damit der Bau Rath Huhn sich ausschließlich mit der technischen Seite des Bauwesens beschäftigen kann. Es ist wohl der Menge der vorliegenden Projekte u. zuzuschreiben, daß in der Ausführung der Bauten, wie in der Fortführung der begonnenen wiederholt Störungen eingetreten sind, welche schließlich der Commune große Kosten verursacht haben.

*) Sollen denn bloß die Arbeitgeber wegen Contractbruchs bestraft werden, die Arbeitnehmer aber nicht? Das wäre denn doch ein sonderbares Privilegium für die letzteren.

Es wird nun wohl erwartet, daß die Trennung der Verwaltung fürher einwirken wird. — Gegenwärtig sind an großen Bauten theils in Angriff genommen, theils in Vorbereitung: die Gewerkschule am Wilhelmplatz, das große Mittelschulgebäude an der Elisabethstraße, mit Läden im Parterre und einer Glaspassage nach dem Fischmarkt, die neue steinerne Reissbrücke; ferner der Umbau des Theaters und die äußere Restauration des Rathhauses, das neue Leichenhaus auf dem Friedhofe und zahllose Straßenbauten. — Den Bau des Mittelschulgebäudes verdrängt noch im letzten Moment eine Fraktion in der Stadtverordneten-Versammlung wieder in Frage zu stellen, nachdem die Vorarbeiten dazu Jahre lang gewährt hatten. Es wird der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung mitunter schwer, eine definitive Entscheidung in wichtigen Angelegenheiten zu treffen. Den Beweis dafür liefern die Beschlüsse über eine Menge von Angelegenheiten von großer Tragweite. Die mal hatte die Bau-fach-Commission, welche in der Regel jede Vorlage bemängelt, welche vom Bauamt kommt, ausnahmsweise im Princip den Bau des auf 165,000 Lhr. veranschlagten Gebäudes genehmigt, und nur in Betreff der Ausführung selbst vorgeschlagen, für dies Jahr nur die Souverains auszuführen. Daran knüpfen nun die Führer der Nicht-bevollmächtigten-Fraktion an, um das ganze Project noch zum Fall zu bringen. Die Furcht vor den neuen schweren Steuern wurde nachgerufen und vorgeschlagen, statt des monumentalen Prachtgebäudes lieber ein einfaches beschicktes Schulhaus an irgend einem abgelegenen Punkt der Stadt zu lesen. Diesmal aber mißglückte der Versuch, Seitens des Magistrats wurde auf die Pflicht der Stadtverordneten verwiesen, nun endlich die Bewilligung zur Verwirklichung des lange und reichlich erwogenen Bauprojects zu ertheilen; die Schuldeputation stellte die Erbauung eines Mittelschulgebäudes als unabwendbare Forderung hin, und ward denn der Bau beschloß, dem im Wesentlichen das bei der Concurrenz mit dem 1. Preise ausgezeichnete Project des Baumeisters Krämer in Berlin zu Grunde gelegt werden soll. Da der Preis der Fingerringe bereits von 16 Lhr. auf 9 Lhr. gesunken und die von den Maurergesellen beabsichtigte Erhöhung der Arbeitslöhne nicht eingetreten ist, so wird das Gebäude wohl billiger, als veranschlagt, zu stehen kommen, ein Fall, der hier noch kaum dagemessen sein dürfte. — Der Umbau des Theaters ist eine der Seelstücken, welche zur Verewigung der Vertheilung seit einigen Jahren von Zeit zu Zeit immer wieder die Stadtverordneten beschäftigen. Es liegt darüber wohl mehr als ein Duzend Beschlüsse vor, von denen sich die meisten ziemlich direct widersprechen. Das 1851 erbaute städtische Theater hat nämlich eine große Bühne und ausreichende Räume für die Maschinen, aber einen nur mäßigen Zuschauerraum, in dem sich über dies sehr enge und unbehagliche Sitze befinden, so daß viele das Theater gar nicht besuchen, weil sie nicht Lust haben, sich Stunden lang in der unbehaglichen Lage einengen zu lassen. Eine Erweiterung des Zuschauerraumes wurde deshalb schon vor einigen Jahren angeregt und nach langen Verhandlungen beschlossen, dieselbe auszuführen, wenn sie der Erbauer des Theaters, Baumeister Lieh in Berlin, für zweckmäßig und ausführbar hielte. Damit war die Angelegenheit auf einige Zeit vertagt. Als dann die Ausführbarkeit der Erweiterung durch den Architecten bejaht war und es sich nur darum handelte, die Mittel zu bewilligen, fiel der Bes. Antrag. Nun kam dann Seitens des Magistrats, da noch eine Renovierung des Theaters notwendig war, auf das Project einer theilweisen Vergrößerung des Zuschauerraumes durch ein weiteres Vordrängen des Balcons und der Logen des ersten Ranges. Der Antrag fiel, weil er weder vom Decretum, noch vom Bau Rath vertheiligt wurde, wurde aber wiederholt und nunmehr bewilligt. Die Restaurationsarbeiten sind gegenwärtig im Gange und die nächste Saison wird ein innerlich und äußerlich erheblich verbessertes Haus vorfinden. Einen Beitrag zu den Kosten der von ihm selbst dringend gewünschten Erweiterung des ersten Ranges zahlt der Theaterdirector Große mit 300 Lhr. jährlich, während die 2500 Thaler kostet. Ursprünglich hatte Herr Große zugleich die Bedingung gestellt, daß ihm das Theater im Uebrigen kostenfrei und mit freiem Gaje auf fünf Jahre übergeben wurde, daß aber für jetzt nur auf ein Jahr abgeschlossen. Er wird erst versuchen, ob es ihm möglich ist, angesichts der jüngsten Entscheidung des Leipziger Gerichts betr. der Honorierung älterer Stücke von noch lebenden resp. kürzlich verstorbenen Autoren, durchzukommen. Für die kleineren Theater erwächst durch die Honorierungspflicht eine große Last. — Der Umstand, daß der Circus in Berlin nicht rechtzeitig fertig geworden ist, hat die Circusgesellschaft von Herzog und Schumann auf vierzehn Tage hierübergeführt. Trotz brillanter Ausstattung, herrlichen Pferden und vorzüglichen Leistungen hat die Gesellschaft, die ohne alle Reclame aufgetreten war, bisher keine guten Geschäfte gemacht, während sonst die Gölitzer gewohnt sind, nur das Heutige zu unternehmen, wie das z. B. in Bezug auf die Concerte des Musikdirectors Saupé und des Kapellmeisters Philipp der Fall ist.

Leipzig, 20. Juni. [Der Herr Oberpräsident] Freiherr v. Nowinski traf heute nach 11 Uhr von Breslau hier ein und begab sich bald nach dem Regierungsgebäude, woselbst eine Vorleistung der Spitzen der Verwaltungs- sowie der übrigen hiesigen königlichen Behörden stattfand. Sämtliche Landräthe des Regierungsbezirks waren ebenfalls erschienen. Nach der Vorleistung stieg der Herr Oberpräsident dem Rathhause einen Besuch ab, woselbst der Magistrat und der Vorstand der Stadtverordneten-Versammlung vorgelassen und eine Besichtigung der Lokalitäten vorgenommen wurde. Hierauf wurden noch die hiesigen Kirchen, das Gymnasium und das städtische Lazareth besichtigt. Um 3 Uhr fand ein Diner beim Herrn Regierungs-Präsidenten statt, zu welchem auch die Spitzen der Civil- und Militärbehörden eingeladen waren.

d. Landeshut, 18. Juni. [Gustav-Adolph-Verein.] Heute feierte der hiesige Zweigverein der Gustav-Adolph-Stiftung sein Jahresfest, wobei Herr Pastor Martini aus Habelbach mit seiner sehr die Sache anregenden Predigt über Römer 1, 14—16 allgemein erbaute. In der Verammlung darauf wurde von dem Drittel der Jahreseinnahme im Betrage von 58 Lhr. der evangel. Gemeinde zu Schmöberg zum Schulhausbau 40 Lhr. und der evangel. Gemeinde zu Prag 18 Lhr. zugewandt. Zu Abgeordneten für die Provinzialversammlung 1874 in Glatz wurden gewählt Herr Justizrath Speck von hier und Herr Pastor Richter aus Habelbach, und zu deren Stellvertretern Herr Commerzienrath Reihner und Herr Rechtsanwalt Schulz. Der Vorstand wurde in allen seinen Mitgliedern nach Ablauf der Verwaltungsjahre auf's Neue gewählt. Die Sammlung bei den Kirchthüren hatte 41 Lhr. 6 Sgr. 1 Pf. eingebracht. Beim Festmahl wurden noch Sammlungen mit reichlichem Ertrage für Herrmannsheim in Böhmen und für das Rettungshaus in Nischdorf veranstaltet. Die evangelische Gemeinde zu Glatz wird mit der Unterstützung von Seiten des Frauen- und Jungfrauen-Vereins bedacht.

O. Hlau, 20. Juni. [Hagelschlag.] Ein gestern Nachmittag 1 Uhr von Hien her über unsere Gegend ziehendes Gewitter hat, von Hagel begleitet, auf den Feldern mehrerer benachbarter Dörfer die ärgsten Verheerungen angerichtet und die hoffnungsreichen Ernteaussichten der größten theils nicht vertheilten D. wohner total vernichtet. Soweit wir bis jetzt über die Ausdehnung des Unwetters Kunde erlangen konnten, erscheinen die Dörfer Peiskermitz (das größte im Kreise mit fast 1900 Einwohnern), Thiergarten, Polnisch-Seine und ein Theil des Stadtfelds am ärgsten mitgenommen. In ihnen, sowie in den am hiesigen Bahnhof liegenden Häusern sind die dem Wetter zugeführten Fenstertheile sämtlich zertrümmert; sogar junges Federvieh, welches nicht schnell genug Obdach fand, wurde getödtet, während in der Stadt die unter einem wolkenbruchartigen Regen niederfallenden Hagelkörner dieses Umfandes halber weniger Schaden anrichteten.

—r. Ramlau, 20. Juni. [Kind verbrüht.] Abermals hat Referent über einen höchst betrübenden Unglücksfall zu berichten. Das kaum 3jährige Töchterchen eines hochgeachteten Hüttenverwalters des hiesigen Kreises mußte ärztlichen Anordnungen gemäß täglich in lauen Aufschungen verschiedener Substanzen gebadet werden. Dies sollte auch vor einigen Tagen geschehen. Zwei Mägde hatten bereits einige Töpfe kochenden Wassers in eine Badewanne gegossen und sich wieder entfernt, um noch kaltes Wasser herbeizuschaffen. Während dieser Zeit trat die Großmama des kranken Kindes mit diesem in das Badezimmer, um das Kind dort zu entleiden. Sie gewahrte bei dieser Gelegenheit an ihrem eigenen Anzuge eine Nadel und um zu verhehlen, daß diese Nadel nicht etwa in das Bad fiele und ihre Entleiden verleihe, trat sie auf einen Augenblick in ein Nebenzimmer, um die Nadel wegzulegen. Diesen einzigen Augenblick schenkt das arme Kind dazu benutzt zu haben, an die Badewanne zu treten und im Wasser zu plätschern; es muß aber leider hierbei das Gleichgewicht verloren haben und kopfüber in die Badewanne gefallen sein, denn als die Großmama zurückkehrte, lag das unglückliche Kind laut schreiend bereits im kochenden Wasser. Obwohl es augenblicklich aus demselben gehoben wurde und alle nur irgend mögliche ärztliche Hilfe genossen, ist es gestern dennoch seinen unglücklichen Leiden erlegen. Der Schmerz der armen Eltern ist groß und erweckt überall die innigste Theilnahme.

Breslau, 21. Juni. [Wasserstand.] D. P. 16 F. 4 Z. U. P. 2 F. 3 Z.

Meteorologische Beobachtungen auf der Königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Juni 20. 21.	Nachm. 2 U.	Morg. 10 U.	Morg. 6 U.
Außentemp. bei 0°	334° 06	334° 52	334° 96
Außentemp.	+ 18.4	+ 14.5	+ 13.1
Luftwärme	36.68	5° 49	4° 70
Luftfeuchtigkeit	40 pCt.	80 pCt.	77 pCt.
Wind	N. 1	N. 1	W. 0
Wetter	heiter.	heiter.	heiter.
Wärme der Ober	7 Uhr Morgens	+ 18.2	

Breslau, 20. Juni. [Breslauer Discontobank.] Das „Bresl. Z.“ schreibt: Wir erhalten die Nachricht, daß die Breslauer Discontobank Friedenthal und Co. auf Grund ihres Finanzvertrages mit den Concessionären der Waagthalbahn in Betreff ihres Contractverhältnisses bezüglich der Uebernahme der Titres dieser Bahn ein Interimisticum reguliren wird, wonach die bereits fertig gestellte Strecke Preßburg-Tirnau mit dem Anschluß an die Staatsbahn bei Weinern zunächst als selbstständiges Object verwalet und der vorläufigen Abrechnung der Finanzinstitute mit den Concessionären zu Grunde gelegt werden soll. Es entfallen auf diese Strecke ca. 6 1/2 Mill. Gulden Nominell Titres zur Abnahme. Für den Weiterbau der Bahn beabsichtigen die Concessionäre mit der ungarischen Regierung in neue Verhandlungen zu treten.

Berlin, 20. Juni. Ohne daß besondere Gründe bestimmend gewirkt hätten, — es sei denn, daß die etwas besseren Notierungen aus Wien, der in der That günstige Ausweis der Bank von England und der befriedigende Verlauf des Wollmarktes als Motive sich anführen lassen, — war die Börse heute in wesentlich besserer Haltung, als seit längerer Zeit. Allerdings hat man sich ein Maas der Bescheidenheit zu eigen gemacht, daß schon eine geringe Erholung, gegen die trüben Tage der letzten abnehmend, uns zu genügen vermag. Es läßt sich also nur unter dieser Bedingung die Börse als in günstiger Haltung befindlich bezeichnen, während, was die Bedeutung der Umsätze anbelangt, ihr noch recht viel zu wünschen übrig bleibt. Decker. Credit hoben sich allerdings von 157 bis 158 1/2, um fast 3 Ztr. gegen die höchste Notiz des Vortages, sie behaupteten indeß den genannten Cours nicht bis zuletzt und verdankten ihre Regelmäßigkeit wohl zum beträchtlichen Theile dem noch vorhandenen Deckungsbedürfnisse der Blanco-Verläufer. Auch Lombarden hoben sich bis 1 1/2 Ztr., von 113 1/2—114, und schloßen bei ziemlichem Handel, nur etwas darunter; ähnlich erging es bei nicht ganz so reger Theilnahme Franzosen, welche in der Notiz zwischen 193 1/2 und 199 schwanken; auch Galizier, Nordwestbahn, Elisabethbahn zogen an und erweuten sich etwas mehr der Beachtung der Börse. Zu österreichischen Renten bewogte sich bei kleiner Coursaufbesserung das Geschäft nicht eben in weiten Grenzen; Türken ließen sich mehr haben als placten, Italiener und französische Rente bebangen bei mäßigem Handel etwas über gestern. Amerikaner blieben recht fest, wie nicht minder russisch-englische Anleihe, für die indeß keine größeren Deckres vorhanden waren. Für Preuß. Fonds bleibt die Tendenz fest, doch still; desgleichen hielten sich Prioritäten, osterr. waren unbeachtet, Zölz-Genosse wieder angeboten, russische fest. Von Eisenbahnen stiegen Köln-Mindener, man erwartet einen günstigen Monatsausweis und verspricht sich gute Einnahmen von dem Rücktransport der Truppen aus Frankreich, Bergische zogen unbedeutend an, Rheinische hielten die höchste Notiz von gestern. Potsdamer, Ost-ringer, Schweizer Westbahn und schwächer, Stettiner begehrt, auch Maistricher, Bütlicher, Nahe- und Südbahn eher etwas anziehend. Der Handel in Papieren umfaßte indeß selten größere Beträge. Lebhaftes Interesse fand sich für Rumänische Actien, für welche neben der Zahlung der Dividende noch eine weitere normale Entwidlung in Aussicht genommen wird. Das Pamiengeschaft wenig belangreich bei ziemlich fester Tendenz. Alle Stamm-Prioritäten waren wenig begehrt. In Banken hat die Bewegung Fortschritte gemacht; höhere Course ließen sich erzielen bei Disc.-Comm., Meining., Berl. Bank, Centralgenossenschaft, Wechselstaben, Wechselb., Geraer Bank und Creditbank, Thüring. Bank, Bresl. Disconto, die Sachmannschen Banken und Deutsche Union hielten sich, desgleichen die Schlesischen Banken und Centralbank; matter zeigte sich Deutsche Bank in Folge der bevorstehenden Auflösung des Syndicats für die jungen Actien. Von Zinsfuhrerwerken waren Nordbank beliebt und anziehend; höher devalte man auch in mäßigen Beträgen; Bayer, Sönd, Biesner, Gernhard Bau- und Grunderwerb. Feste Haltung fand sich für Viehm., von Balt. Lloyd und Gölz. Eisenbed. ließen sich Kleinigkeiten begeben. (Berk. u. S. 3.)

Berlin, 19. Juni. Versicherungs-Gesellschaften.

Raum des Gesellschafts.	1871.	1872.	Stütz.	Stütz.	Der Cours vertheilt sich	Stütz.
Aachen-Münchener Feuer-Vers.-G.	51	46	4	1/5.	pr. St.	2300 G.
Aachener Rückvers.-G.	41 1/2	35	fr. 3.	—	do.	600 B.
Allg. Eisen-Vers.-G. zu Berlin	21	23	4	do.	pCt.	131 B.
Bayer. Transport-Vers.-G.	—	—	—	—	do.	—
Berl. Land- u. Wassertransp.-V.-G.	36	25	fr. 3.	—	do.	270 G.
Berl. Feuer-Vers.-Anstalt	25	19 1/2	4	1/1.	do.	380 B.
Berl. Hagel-Versicherung-Ges.	34 1/2	0	4	do.	do.	146 G.
Berl. Lebens-Vers.-G.	22	22 1/2	5	do.	do.	700 B.
Colonica, Feuer-Vers.-G. zu Köln	55	55	4	do.	do.	—
Concordia, Lebens-V.-G. zu Köln	13 1/2	15	4	do.	do.	550 G.
Deutsche Feuer-V.-G. zu Berlin	0	0	4	do.	do.	125 G.
Deutsche Transport-Vers.-G.	—	10	5	1/7.	do.	105 B.
Dresdener allg. Transport-V.-G.	40	40	4	1/1.	do.	300 G.
Düsseldorf allg. Transport-V.-G.	35	—	4	1/1.	do.	—
Elberfelder Feuer-Vers.-G.	37 1/2	32 1/2	5	do.	do.	800 B.
Fortuna, allg. V.-Act.-G. zu Berlin	12	—	fr. 3.	—	do.	300 G.
Germania, Lebens-V.-G. zu Stettin	5	12 1/2	fr. 3.	—	do.	120 B.
Gladbacher Feuer-Vers.-G.	12 1/2	12 1/2	4	1/1.	pCt.	—
Kölnische Hagel-Vers.-G.	0	6	4	do.	do.	115 B.
Kölnische Rückvers.-G.	12	13	4	do.	do.	114 G.
Leipziger Feuer-Vers.-G.	86 1/2	—	4	1/6.	pr. St.	—
Magdeburger Allg. Vers.-G.	—	0	5	1/1.	pr. St.	99 G.
Magdeburger Feuer-Vers.-G.	45	14 1/2	4	do.	do.	830 G.
Magdeburger Hagel-Vers.-G.	6 1/2	0	5	do.	do.	80 B.
Magdeburger Lebens-Vers.-G.	2 1/2	6	5	do.	do.	100 B.
Magdeburger Rückvers.-G.	14	5	5	do.	pCt.	180 G.
Medlenb. Leb.-Vers.-u. Sparbank	7	7	5	1/1.	do.	—
Niederrh. Güter-Ass.-G. zu Wesel	56	—	5	1/1.	do.	230 G.
Nordstern, Lebens-V.-G. zu Berlin	5 1/2	5	4	do.	pr. St.	99 1/2 B.
Preuß. Hagel-Vers.-G.	0	0	4	1/1.	do.	84 1/2 B.
Preuß. Hyp.-u. Act.-G. zu Berlin	12	16 1/2	4	do.	do.	121 B. G.
Preuß. Lebens-Vers.-G.	7	7	4	do.	do.	103 G.
Preuß. National-V.-G. zu Stettin	25	18	4	do.	pCt.	124 G.
Providencia, V.-G. zu Frankfurt a. M.	4	8	4	do.	do.	110 B.
Rheinisch-Westfälischer Lloyd	12	12	4	do.	pr. St.	180 B.
Rheinisch-Westfäl. Rückvers.-G.	6	6	4	do.	pCt.	99 1/2 G.
Sächsisch. Rückvers.-G.	40	20	4	do.	do.	104 G.
Schlesische Feuer-Vers.-G.	20	17 1/2	4	do.	do.	122 B.
Thuringia, Vers.-G. zu Erfurt	0	0	4	do.	do.	91 B.
Union, allg. deutsch-Hagel-Vers.-G. in Weimar	10	5	5	1/4.	do.	97 1/2 G.

•• Berlin, 19. Juni. [Markt-Bericht über Bergwerks-Produkte und Metalle.] Die Umsätze im Metall- und Eisen-Geschäft waren in vergangener Woche sehr gering, da die Fabrikanten nur den nöthigsten Bedarf decken. — Kupfer. In England niedriger. Juli 81 Pfd. St. 10 Sh. Wallaroo 90 Pfd. St. Urmeneta 94 Pfd. St. Giesiger Preis für englische Metalle 31—31 1/2 Zhr. per Ctr. Mansfelder Garkupfer 32 1/2 Zhr. per Ctr. Raffinade 32 1/2 Zhr. per Ctr. Rasse ab Hütte. Detail-Preise 1 bis 1 1/2 Zhr. höher. — Bruchkupfer 27—28 Zhr. loco pr. Ctr. — Zinn still. Banca in Holland 80 Fl. Hier Vancaminn 47 bis 48 Zhr. per Ctr. Straits in England 133 Sh. Hier Prima Cammin 7 bis 8 Zhr. per Ctr. 46 1/2—47 1/2 Zhr. pr. Ctr. Secunda desgleichen 43—45 Zhr. pr. Ctr. Im Einzelverkauf verhältnismäßig höhere Preise. — Bruchzinn 33 bis 34 Zhr. pr. Ctr. — Zint fest. In Breslau W. H. von Giesche's Erben 9 Zhr., geringere Marken 8 1/2 Zhr. pr. Ctr. In London 27 Pfd. St. 10 Sh. bis 28 Pfd. St. Hier am Plage erstere 9 1/2—9 3/4 Zhr., letztere 9 1/2 Zhr. pr. Ctr. Im Detail verhältnismäßig höher. — Bruch-Zint 5 1/2—5 3/4 Zhr. loco pr. Ctr. — Blei fest. Zarnowitzer sowie von der Paulshütte, G. von Giesche's Erben, ab Hütte 8 Zhr. pr. Ctr. Rasse. Loco hier 8 1/2 Zhr.

